

Unsere Forderungen:

- Erhalt und Förderung sozialer & kultureller Angebote
- Keine Einsparungen beim städtischen Personal
- Ausgaben der Stadt für unnötige „Luxusprojekte“ streichen
- Umverteilen: Freiwilliger Gehaltsverzicht der Bürgermeister*innen. Deckelung der Gehälter und Verzicht auf Boni bei den Geschäftsführungen der Städtischen Gesellschaften, wie KVV oder Stadtwerke
- Soziale Verkehrswende: Ticketfreier ÖPNV für Menschen mit geringem Einkommen
- Ausfinanzierung und komplette & unverzügliche Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2030
- Mehr Sozialen Wohnraum schaffen: Ausbau der städtischen Förderung für Neubau und Ankauf von Belegungsbindungen
- Mehr Bildungsgerechtigkeit: Beitragsfreie Schulverpflegung an Ganztagschulen
- Autostraßenprojekte und nicht notwendige Straßensanierungen streichen
- Große Unternehmen in Verantwortung ziehen: Gewerbesteuer raufsetzen

**Kulturförderung
in private Hand?**

**Kürzungen beim
Sozialen?**

**Private Investoren
im Sozialen
Wohnungsbau?**

**Stellenabbau
bei der Stadt?**

Fraktion DIE LINKE. im Karlsruher Gemeinderat
Hebelstraße 13
76133 Karlsruhe

Tel.: 0721 864 292 60
Fax: 0721 133 1579
E-Mail: dielinke@gr.karlsruhe.de

Mehr Informationen zu uns und unserer Arbeit im
Gemeinderat finden Sie unter
www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de

V.i.S.d.P.: Andreas Hensel, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe



**Unsere
Positionen &
Forderungen zum
Haushalt 2022/23**

DIE LINKE.
Fraktion im Karlsruher Gemeinderat

www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de

Doppelhaushalt 2022/23

Im Dezember verabschiedet der Gemeinderat den Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe für die kommenden Jahre 2022 und 2023. Die Stadt hat hierzu einen 640 Seiten umfassenden Haushaltsplan vorgelegt. Neben wichtigen Positionen zu den Pflichtaufgaben der Verwaltung, z.B. Bau und Unterhalt von Schulen, Schwimmbädern oder Straßen, aber auch von Verwaltungstätigkeiten, sind im städtischen Haushalt auch eine Vielzahl von freiwilligen Aufgaben erfasst. Dazu zählen beispielsweise soziale Leistungen, die Unterstützung und Förderung von Kultur oder Sport. Diese freiwilligen Leistungen bilden den Kern der Kommunalpolitik und machen einen großen Teil des städtischen Haushalts aus – so auch in Karlsruhe.

Mit Blick auf eine steigende Verschuldung möchte die Stadtverwaltung, beginnend mit dem nächsten Jahr, einen Sparkurs einleiten und viele freiwillige Leistungen einschränken. Begründet wird dies damit, dass das Regierungspräsidium, als Vertreter und Genehmigungsbehörde des Landes, dies eingefordert habe. Nach der Verabschiedung des letztjährigen Haushalts hatte das Regierungspräsidium den Haushalt der Stadt zwar genehmigt, jedoch Auflagen zur Konsolidierung des Haushalts in den kommenden Jahren erteilt – was so viel heißt, wie: Die Stadt soll sparen!

Aus unserer Sicht ist dies jedoch der falsche Weg. Es gilt jetzt vor allem soziale oder kulturelle Angebote auszubauen und zu unterstützen, aber auch in den Klimaschutz zu investieren, damit nachfolgende Generationen in einer gerechten und solidarischen Stadt leben können.

Keine Kürzungen!
Eine solidarische Stadt
ist möglich!

Die Stadt will sparen & kürzen

In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs am 09. November hat Oberbürgermeister Frank Mentrup davon gesprochen, dass die „fetten Jahre jetzt vorbei“ seien. Nicht wenige Karlsruher*innen dürften sich dabei die Frage gestellt haben, wieso sie von diesen „fetten Jahren“ recht wenig gespürt haben, aber auch was dies für ihre Zukunft bedeutet. Darauf ging der OB in seiner Rede ebenfalls ein. Die Stadt wird ab diesem Haushalt einen umfassenden sogenannten „Konsolidierungsplan“ über die nächsten Jahre einleiten, um die städtischen Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen und sich einer „schwarzen Null“ anzunähern – also schuldenfrei zu werden. Schaffen will die Verwaltung dies durch ein „Haushaltssicherungskonzept“, das drei Stufen umfasst und in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll:

- **Stufe 1:** Streichung und Verschiebung von Maßnahmen, die im Haushalt 2021 bereits beschlossen waren
- **Stufe 2:** Ein 10 Punkte-Sparprogramm für den Haushalt 2022/23
- **Stufe 3:** Einsparungen beim Personal in der Verwaltung, Reduzierung der Flächen und Immobilien in städtischem Besitz sowie Einsparungen bei städtischen Beteiligungen und Gesellschaften

Für den vorliegenden Haushaltsentwurf 2022/23 will die Stadt im Rahmen des 10-Punkte-Programms Einsparungen von insgesamt 139Mio. Euro vornehmen. Konkret bedeutet das, dass es in den nächsten zwei Jahren, aber wohl auch darüber hinaus, in den Bereichen Personal, Jugend & Soziales, bei den Schulen sowie in der Sport- & Kulturförderung zu einem Abbau von Unterstützungsleistungen und Investitionen der Stadt kommen wird. Mit den weiteren Stufen des Sparplans steuert die Stadt auf eine Verschlinkung der Verwaltung und auf Einsparungen in den städtischen Betrieben, wie KVV, VBK oder Stadtwerke zu. Kürzungsmaßnahmen, wie Stellenstreichungen, könnten drohen.

Dass die Stadt nichts anderes im Sinn hat, als umfangreich zu sparen und mit Kürzungen zu drohen, ist angesichts der massiven Investitionen in und Kostensteigerungen bei Großprojekten, wie beispielsweise der U-Strab, weder nachvollziehbar noch gerecht!

Eine Solidarische Stadt für alle

Mit dem auferlegten Spar- und Kürzungsprogramm wird die Stadt Karlsruhe in den kommenden Jahren viele Leistungen im Bereich des Sozialen oder Kulturellen streichen. Förderungen und Investitionen, bspw. im Bereich der Kultur und beim Wohnungsbau sollen, so wünscht es Oberbürgermeister Mentrup, vermehrt in die Hände von privaten Investor*innen und Gönner*innen gegeben werden. Es ist die Hoffnung, dass Aufgaben der Stadt von privaten Unternehmen und Personen übernommen werden können, die durch Profitstreben zu ihrem Reichtum gekommen sind. Eine Stadt, die aus eigenen Kräften nicht bzw. nur eingeschränkt handlungs- und gestaltungsfähig ist und sich dieser Hilfe sowie dem konservativen Mantra der „schwarzen Null“ unterwirft, hat für uns als LINKE versagt.

Die Einsparungen im vorliegenden und in kommenden Haushalten werden dazu führen, dass sich die Lebensverhältnisse vieler Menschen in Karlsruhe zum Schlechten entwickeln. Soziales und Kultur, aber auch Klimaschutz müssen gefördert werden. Wir brauchen eine solidarische Stadt, die gleichwertige Lebensbedingungen für alle schafft! Wir brauchen eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge, eine funktionsfähige, bürger*innennahe, barrierefreie, öffentliche Verwaltung und eine gute soziale und inklusive Infrastruktur. All dies wird mit den Kürzungsplänen der Stadt in Frage gestellt.

Wir als LINKE-Fraktion werden dies nicht hinnehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu keinen Spar- und Kürzungsmaßnahmen kommen wird, die unserer Idee von einer solidarischen Stadt widersprechen. Gleichzeitig wollen wir Mitgestalten und dem Haushalt der Stadt unsere Initiativen zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit und einer solidarischen Kommune entgegensetzen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen dürfen nicht zu Lasten der Ärmsten gehen. Hierzu müssen wir auch auf kommunaler Ebene umverteilen – von denen, die viel haben, zu denen die wenig haben – das ist solidarisch und gerecht!